

BUNDESMINISTERIUM

FÜR

WIEN,

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl. 152.607-5(POL)72

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. SCRINZI, Dr. STIX und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend die Verhaftung eines kürzlich auf Bewährung aus der Haft entlassenen Südtirolers (Franz EBNER)

192/A.B.  
zu 199/J.  
Präs. am 10. März 1972

An die

Kanzlei des Präsidenten des  
Nationalrates

W i e n

Nach der dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zugekommenen Note der Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates Nr. 199/J-NR/1972 vom 21. Jänner 1972 haben die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. SCRINZI, Dr. STIX und Genossen eine

#### A n f r a g e

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend die Verhaftung eines kürzlich auf Bewährung aus der Haft entlassenen Südtirolers überreicht.

Ich beehre mich, diese Anfrage gemäß § 71, Abs. 3 des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 178, wie folgt zu beantworten:

Franz EBNER ist am 15. November v. J. auf Grund eines Gnadenaktes des italienischen Staatspräsidenten, mit dem die Reststrafe erlassen wurde, zusammen mit seinen drei Landsleuten David OBERHOLLENZER, August PLAICKNER und Johann AUER aus der Strafhaft entlassen worden. Im Sinne des geltenden italienischen Strafrechts wurde über ihn wie über die übrigen entlassenen Südtirol-Häftlinge die Sicherungsmaßnahme der Polizeiaufsicht für die Dauer von drei Jahren verhängt. Franz EBNER weigerte sich als einziger der vier Südtiroler, das diesbezügliche Protokoll zu unterschreiben. Nach der Rückkehr in seinen Heimatort ist der

- 2 -

Genannte von der zuständigen Polizeidienststelle wiederholt aufgefordert worden, sich wenigstens einmal monatlich oder auf Aufforderung hin bei der Polizei zu melden. Da Franz EBNER sich weigerte, diesen Aufforderungen nachzukommen, hat der Überwachungsrichter im Sinne der italienischen Strafrechtsordnung die Sicherungsmaßnahme der Polizeiaufsicht in die Sicherungsmaßnahme der Einweisung in ein Arbeitshaus umgewandelt. Auf Grund dieser Verfügung hat die Staatsanwaltschaft Bozen am 17. Jänner 1972 einen Festnahmebefehl ausgestellt. Noch am selben Tag wurde Franz EBNER in Sicherungshaft genommen und am 27. Jänner 1972 in das Arbeitslager Castelfranco (Emilia) überstellt.

Ich habe gleich nach Bekanntwerden der neuerlichen Verhaftung Franz EBNERs über die zuständigen österreichischen Vertretungsbehörden den näheren Sachverhalt klären lassen. Die diesbezüglichen Erhebungen ergaben u. a. auch, daß der Obmann der Südtiroler Volkspartei bereits Verbindung mit den Römer Stellen wegen der neuerlichen Entlassung des Genannten aufgenommen hatte.

Inzwischen hat die Parteileitung der Südtiroler Volkspartei, wie Pressemeldungen zu entnehmen war, am 24. Jänner d. J. in einer Resolution beschlossen, zugunsten der Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen gegenüber Franz EBNER zu intervenieren. Auf die diesbezüglichen Interventionen ist von italienischer Seite geantwortet worden, daß nach Abschluß der vorgeschriebenen Erhebungen in jenem Geiste entschieden werden würde, der im November des Vorjahres zur Begnadigung der vier Häftlinge geführt hat.

Eine gesetzliche Handhabe für die baldige Freilassung Franz EBNERs bietet der Artikel 207 des italienischen Strafgesetzes, wonach Sicherungsmaßnahmen durch Dekret des Justizministers vorzeitig aufgehoben werden können. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten steht bezüglich der Freilassung Franz EBNERs in ständigem Kontakt mit den zuständigen Stellen in Rom und Bozen.

./3

- 3 -

Ob die über Franz EBNER verhängten Sicherheitsmaßnahmen mit der geltenden italienischen Strafrechtsordnung übereinstimmen, kann erst in dem gegen die Verhängung der Sicherheitsmaßnahmen ergriffenen Rechtsmittelverfahren geklärt werden. Über die Frage einer Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention wurden bisher keine Überlegungen angestellt, da eine solche Verletzung, soweit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bekannt ist, von dem Betroffenen nicht behauptet wurde und eine Anrufung der Europäischen Menschenrechtskommission auf jeden Fall die Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges voraussetzt.

Was die Tatsache betrifft, daß die Franz EBNER bei der Entlassung aus dem Gefängnis in Massa Carrara vorgelegten Unterlagen nur in italienischer Sprache abgefaßt waren, wurde festgestellt:

Auf Grund einer unterschiedlichen Judikatur der italienischen Gerichte ist bisher nicht eindeutig entschieden, ob die bestehenden Bestimmungen über den Gebrauch der deutschen Sprache bei Gericht nur für das Gebiet Südtirols oder auch darüber hinaus gelten. Während das Schwurgericht Mailand entschied, daß italienischen Staatsbürgern deutscher Muttersprache aus der Provinz Bozen die für den Gebrauch der deutschen Sprache vor Gericht geltenden Rechte in jeder Instanz eines Gerichtsverfahrens zustehen, vertrat das Schwurgericht in Bologna gerade im Verfahren gegen EBNER die Auffassung, daß das Recht auf Gebrauch der deutschen Sprache an den territorialen Bereich der Autonomie gebunden ist.

Die Frage, ob Franz EBNER nach den geltenden Bestimmungen das Recht gehabt hätte, bei seiner Entlassung aus dem - außerhalb Südtirols liegenden - Gefängnis in Massa Carrara die ihm ausgehändigten Dokumente in deutscher Sprache zu erhalten, ist also umstritten.

./4

- 4 -

Der Vollständigkeit halber soll nicht unerwähnt bleiben, daß Franz EBNER nach seiner Rückkehr in seinen Heimatort wiederholt vom zuständigen Carabinieri-Posten eingeladen worden war, die deutsche Übersetzung des Entlassungsrevers und den Begnadigungsdekretes abzuholen. Der Festnahmebefehl vom 17. Jänner 1972 war in deutscher Sprache ausgestellt.

Wien, am 8. März 1972

Der Bundesminister für Auswärtige  
Angelegenheiten:

